



Hamburgs Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 25

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis Nr. 1, 50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Klausstraße 11. Fernspr. 2. 4246.

Hamburg, den 22. Juni 1918

Abzettelungen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 2 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Unverzagt in der Werbearbeit!

Mit dem Aufruf unseres Verbandsvorstandes in Nr. 14 des „Verbands-Anzeiger“ zur tatkräftigen Frühjahrsagitation an allen Orten, wo unsere Mitglieder in Arbeit stehen, und mit der dringenden Aufforderung in der folgenden Nummer, daß jede Filialverwaltung und jeder einzelne Kollege ihre Pflicht darin sehen sollen, in diesem Jahre bestimmt durch planmäßige Agitation und fleißige Werbearbeit die Mitgliederzahl in allen Filialen und Zahlstellen zu erhöhen, kann natürlich unsere Aufgabe für diesen Zweck nicht erledigt sein. Das einmal geweckte Interesse der neugewonnenen Mitglieder für unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen bedarf fortgesetzt neuer Nahrung und frischer Aufmunterung. Die täglichen schweren Sorgen und Mühen im gegenwärtigen so harten Daseinskampf erschließen nur allzu leicht das bestere Vertiefen in unsere organisatorischen Bestrebungen mit ihren so unbedingt notwendigen Aufgaben. In Versammlungen und Werkstattbesprechungen muß das systematisch dem gewonnenen Mitglied Aufklärung und Belehrung über Zweck und Aufgaben unserer Berufsorganisation gebracht werden, durch deren Erkenntnis es erst richtig von der Notwendigkeit und Bedeutung unserer Gewerkschaftsbewegung überzeugt wird. Diese Aufklärungsarbeit ist unerlässlich, da die meisten neuen Mitglieder den Grundgedanken der Organisation überhaupt noch nicht kennen. Schon in normalen Zeiten muß der Agitationstätigkeit besondere Sorgfalt und Umsicht gewidmet werden; um wieviel mehr jetzt, unter doppelt schwierigen Verhältnissen in unserem Beruf. Dennoch darf bei uns für die Organisation wirkenden Kollegen die Begeisterung für unsere gute Sache nicht verfliegen und ihre Ausdauer auf dem beschrittenen Wege nicht erlahmen. Nur derjenige Kollege, der sich der Bedeutung seines Verbandes voll bewußt ist, wird unablässig betreibt sein, neue Mitglieder für ihn zu gewinnen. Noch stehen immer eine große Anzahl Berufskollegen der Organisation fern; die besonders, die jetzt außerhalb des Berufs tätig sind. Daß auch ältere Kollegen für unsern Verband gewonnen werden können, erfahren wir aus dem Umtausch der einjährigen Mitgliedsbücher. Verschiedene Filialen haben bei ihrer Werbearbeit hauptsächlich ältere Kollegen aufnehmen können. Gewiß ein erfreuliches Zeichen. Schon oft mag an diese Kollegen früher die Aufforderung zum Anschluß an die Organisation erfolgt sein; endlich haben sie doch die Notwendigkeit eingesehen, daß im Rahmen des großen Gesamtorganismus jedes einzelne Glied unentbehrlich ist.

Je mehr Mitglieder unser Verband in sich vereinigt, um so stärker wird er sich entfalten. Die größere Mitgliederzahl ist eine Gewähr für die Zuverlässigkeit seiner Finanzkraft, für seine innere Geschlossenheit, für die erfolgreiche Durchführung seiner Zwecke und Ziele. Diese Tatsache sollte sich immer wieder jeder Berufskollege vor Augen halten und daraus die Schlussfolgerung ziehen: Jeder einzelne organisierte Arbeiter ist berufen, für dies hohe Ziel zu streben durch rege Teilnahme an der Werbearbeit! Darum, Kollegen, alle, die Ihr in der Heimat tätig seid, sorgt für die weitere Ausbreitung der Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder! Sucht die noch Fernstehenden auf, stellt ihnen vor, daß es zu den ersten Arbeiterpflichten gehört, seiner Berufsorganisation beizutreten, daß sie pflichtvergessen und ehelos handeln, wenn sie fernhin bei ihrer Gleichgültigkeit und Einsichtslosigkeit verharren. Die Pflicht ruft, an die Zukunft zu denken, die alle Kräfte erfordert, um das Ergründete durch weitere Kraft zu halten und zu verfestigen. Das erfordert verstärkte Organisationsfähigkeit, tatkräftige Mitarbeit jedes einzelnen.

Also unverzagt weiter in der Werbearbeit für den Verband! Keiner verzäume diese Pflicht, jeder Kollege sei ein Kämpfer für unsere gute Gewerkschafts Sache!

Ewiges Ringen führt zum Gelingen!
Bau' du nicht fort, stürzt alles dir ein!
Nimmer ver'orn! Immer frisch wagen!
Die Tat mag' mächtig und stark nur allein.

Die Lohnbewegungen auf den Schiffswerften im Jahre 1917.

Die Lohnbewegungen auf den Werften konnten im Bericht des dritten Bezirgs, in Nr. 20 des „Verbands-Anzeiger“, nur kurz behandelt werden. Wegen der Bedeutung, die die Bewegungen aber haben, kommen wir nochmals etwas eingehender auf sie zurück.

Auf den privaten See- und Schiffswerften sind gegenwärtig rund 800 Berufskollegen beschäftigt. Deren Verdienstmöglichkeit ist ebenso wie für die übrige Arbeiterschaft sehr verschieden, teilweise direkt unzureichend. Die besseren Einkommenverhältnisse entstehen hauptsächlich durch das herrschende Ueberstundenwesen. Wo zufriedenstellende Akkordüberschüsse von 100 pSt. und mehr erzielt werden, ist dieses nicht allein auf die Aufbesserung der Akkordpreise zurückzuführen, als vielmehr auf die mangelhafte Ausführung der Arbeiten. Von den seit Jahren auf den Werften tätigen Kollegen sind nur noch wenige beschäftigt. Jetzt sind es in einer Reihe von Betrieben in der Wehrzahl frühere Malermeister. Daß dieser Zustand unsere Organisationsfähigkeit sehr hemmt, bedarf keiner besonderen Betonung. Unsere Mitglieder führen aber vielfach auch Klage über die ihnen direkt feindliche Gesinnung dieser ehemaligen Akkordunternehmer. Bei den übrigen auf den Werften beschäftigten Berufsgruppen liegen zum Teil die Verhältnisse ähnlich. In Betrieben, in denen die Organisationsverhältnisse zurückgeblieben sind, stehen die Verdienste zurück gegenüber in den übrigen Betrieben. Auch die sanitären Verbesserungen haben nicht gleichen Schritt gehalten, obgleich durch das Vorgehen unserer Organisation das Reichsgesundheitsamt wegen der drohenden Gesundheitsgefahr bestimmte Vorschriften erlassen hat.

Die organisierten Arbeiter haben sich, gedrängt durch die Teuerungsverhältnisse, wiederholt an ihre Organisation wegen ihrer Lohnverhältnisse gewandt, ohne indes von den Werftbesitzern, die es stets verstanden haben, die schlechten Organisationsverhältnisse zu ihrem Vorteil auszunutzen, einigermaßen genügende Zugeständnisse durchzusetzen. Daher wurde zu Beginn des Jahres ein neuer Vorstoß unternommen. Infolgedessen fanden am 10. März Verhandlungen mit den Vertretern der Werften auf Grund eingereicher Forderungen statt. Darauf boten die Arbeitgeber folgendes an: 1. Die Löhne aller Arbeiter werden um 2 1/2 die Stunde erhöht (zuerst mit der dritten Märzwoche). 2. Eine weitere allgemeine Lohnerhöhung um 3 1/2 erfolgt nach drei Monaten. 3. Die Einstellungslohne werden in gleicher Weise mit der dritten Märzwoche um 2 1/2 und drei Monate später nochmals um 3 1/2 die Stunde erhöht. 4. Durch die Lohnerhöhung sollen die bisher als angemessen angesehenen Akkordüberschüsse nicht berührt werden, sofern sie nicht aus dem sonst üblichen Rahmen herausfallen.

Eine am 14. März abgehaltene Werftarbeiterkonferenz beschloß, obgleich die berechtigten Forderungen der Arbeiter vom 26. Februar unerfüllt geblieben waren, die gemachten Zugeständnisse anzunehmen.

Im Juli wandten sich die Arbeiterausschüsse mit neuen Lohnforderungen an ihre Betriebsleitungen. Die Gruppe See- und Schiffswerften der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller machte die Sache zu der übrigen und betraute zentrale Verhandlungen zum 10. August nach Hamburg an. Die hier gemachten Zugeständnisse lehnten indes die Vertreter der Werftarbeiter als ungenügend ab und beauftragten ihre Zentralvorstände mit der weiteren Erledigung der Bewegung. Diese wandten sich mit einer eingehend begründeten Eingabe an das Kriegsamt. Hierauf haben in der Zeit vom 4. bis 11. Oktober gemeinsame Verhandlungen der Zentralvorstände mit den Vertretern der Werften stattgefunden. Deren Ergebnis war die Erhöhung der Einstellungslohne und der Stundenlohne für volljährige Arbeiter wie folgt: um je 2 1/2 bei der letzten Oktoberlöhnung, bei der letzten Löhnung vor Weihnachten und bei der ersten Löhnung im April 1918. — Minderjährige und weibliche Arbeiter erhalten die Hälfte vorstehender Sätze. — Die Akkordpreise wurden, entsprechende Arbeitsleistung vorausgesetzt, im Verhältnis zu der Erhöhung der Stundenlohne gleichfalls erhöht, sofern sie nicht aus dem sonst üblichen Rahmen herausfielen.

Eine Werftarbeiterkonferenz beschloß, die Annahme dieses Angebots der Arbeiterschaft zu empfehlen. In einigen Werftorten wurde der Vorschlag zwar abgelehnt; jedoch hatte die Majorität der Arbeiterschaft zugestimmt. Die Erfüllung der Ziffer 2 dieser Vereinbarung, die Aufbesserung der Akkordpreise, ist eine sehr unterschiedliche geblieben. Einheitslichkeit besteht in den ganzen Abmachungen nur in der Erhöhung der Einstellungslohne, die eine Aufbesserung in diesem Jahre von 11 1/2 erfahren haben, von denen noch 2 1/2 auf das folgende Jahr entfallen.

Die auf der Lübecker Werft beschäftigten Kollegen waren dadurch im Nachteil, daß sie als einzige Gruppe nur im Zeitlohn bei einem Lohn von 70 1/2 arbeiten mußten und die allgemeine Teuerungszulage von 11 1/2 und für jedes Kind 1/2 erhielten. Nachdem ein Vorstellungsverbot bei der Betriebsleitung wegen Lohnverbesserung erfolglos blieb, haben sich unsere Kollegen an den Schlichtungsausschuß gewandt. Daraufhin hat die Direktion eine weitere Lohnzulage von 6 1/2 pro Stunde bewilligt.

Die Bewegung für eine Besserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse griff natürlich auch auf die Kaiserlichen Werften über. Jedoch der besonderen Verhältnisse wegen mußte sie getrennt von der auf den Privatwerften geführt werden. Bisher wurde von den Reichsmarinebehörden jeder direkte Verkehr mit den gewerkschaftlichen Organisationen abgelehnt. Unter dem Wandel, den der Krieg in dieser Hinsicht im allgemeinen zur Folge gehabt hat, hat sich auch hier eine Veränderung durchgesetzt. Darum wurde vom Staatssekretär des Reichsmarineamts folgende Verfügung erlassen: „Die früher gegebenen Direktiven, mit den Vertretern von außerhalb der Marinebehörde stehenden Organisationen von Werftarbeitern über die Angelegenheit der in Marinebetrieben beschäftigten Arbeiter grundsätzlich nicht zu verkehren, sind aufgehoben.“

Darmit ist nun noch keineswegs eine Anerkennung der Gewerkschaftsorganisation als Vertreterin der in städtischen Werftbetrieben beschäftigten Arbeiter ausgesprochen. Inwieweit der heutige Zustand die Kriegszeit überdauert und ob eine vollständige Anerkennung der Gewerkschaften erfolgt, wird vornehmlich von dem Verhalten der Arbeiterschaft dieser Betriebe abhängig sein. Deren bisheriges Verhalten läßt eine zureichende Hoffnung nicht zu. Auch bei unsern Kollegen ist es ein nicht unerheblicher Teil, der der Auffassung zuneigt, daß mit Eintritt in einen kaiserlichen Werftbetrieb sie zugleich eine Lebensstellung gefunden haben.

Als die Arbeiterschaft durch ihre Ausschüsse bei den Werftdirektionen Wünsche auf Lohnverbesserung stellte, war das Resultat eine zehnprozentige Erhöhung der Akkordpreise. Auf der Kaiserlichen Werft in Kiel erfolgte weiter der Anschlag: „Die Erzielung eines Ueberdienstes von 100 pSt. ist nicht als Grund für die Herabsetzung eines Akkordes anzusehen.“ Gleichzeitig erfolgte auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven folgender Anschlag: „Daß auf Grund des bestehenden Lohntarifes sich wenigstens ein Akkordüberdienst von 80 pSt. ergeben müsse. Daß in Fällen, wo sich dieses nicht möglich machen läßt, die Neueinstellung des Akkordes beantragt werden muß.“

Sodann tagte am 20. Mai eine Konferenz der Vertrauensleute sämtlicher Reichsmarinebetriebe in Berlin. Es wurde die Neugestaltung des bestehenden Lohntarifes zur dringend notwendig bezeichnet. Die Organisationen wurden beauftragt, dem Reichsmarineamt folgende Forderungen zu unterbreiten: „Erhöhung der Einstellungslohne und der bestehenden Löhne um 10 1/2. Bei Akkordarbeit eine wöchentliche Abschlagszahlung von 50 pSt. Neuregelung des Verdiensttarifes und der Strafbestimmungen. Befreiung von Arbeitskleidung.“

Auf eine Anfrage der Zentralvorstände der für die Werften zuständigen Organisationen beim Reichsmarineamt wurde dahingehend geantwortet, daß grundsätzlich während der Kriegszeit keine Änderungen an dem bestehenden Lohntarif vorgenommen würden; im weiteren wünsche man die Angelegenheit derart zu erledigen, wie das Gesetz für den vaterländischen Hilfsdienst in seinem § 12 für diese Zeit vorsehe.

In der Zeit vom 4. August bis 10. Oktober wurden die so aufgestellten Forderungen durch die Arbeiterausschüsse den einzelnen Werftdirektionen gestellt. Am 16. November erfolgte hierauf folgende Antwort:

Die Stundenlohnätze des zurzeit gültigen Lohn- tarifes werden um 5 1/2, diejenigen der jungen Burken und Arbeiterinnen um 3 1/2 erhöht. — Die Kriegszulage für Akkordarbeiter in Höhe von 2 und 1 1/2 für neun Stunden täglich ist in dieser Erhöhung mit enthalten und daneben nicht mehr zahlbar. — Die Monatslohnätze für männliche Monatslöhner, mit Ausnahme der Lohn- und Maschinenschreiber, werden um zwei Stufen von je 1/5 erhöht. — Bei der Veranschlagung der Akkorde soll die Berechnungsgrundlage von 1,65 bis auf weiteres beibehalten werden. Daß hierbei 80 pSt. und mehr Akkordüberdienst erzielt werden können, ist ziffermäßig nachweisbar. Dagegen wird Zustimmung eines Akkordmindestverdienstes als dem Sinne des Akkordsystems widersprechend abgelehnt.

Auf den Protest der Arbeiter gegen diese Zugeständnisse hin beramte das Reichsmarineamt zum 13. Dezember eine Sitzung an. Dort waren Vertreter der einzelnen Arbeiterausschüsse, der örtlichen Organisationen und der Zentralverfassungskommission anwesend. Das Ergebnis dieser Beratung war vornehmlich folgende Erklärung der Vertretung des Reichsmarineamts:

Wir sind bereit, ab 1. April 1918 eine weitere Verbesserung von 2 1/2 Lohnerhöhung eintreten zu lassen, außerdem für die verheirateten Arbeiter eine Familienzulage von 10 pro Monat. — Bezüglich Beschaffung von Arbeitskleidern und Schuhwerk wird zugesagt, den Arbeitern deren Erwerbung zu einem angemessenen Kreise zu ermöglichen. — Die übrigen Fragen sollten einer baldigen Nachprüfung unterzogen werden.

Nach wiederholten Eingaben unsererseits ist in diesem Jahre für unsere auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshafen beschäftigten Kollegen eine wichtige Entscheidung gefällt. Entsprechend unserem Verlangen sind diese in die Lohnklasse der Maler überschrieben. Wir haben schon früher darüber berichtet, daß bei Neueinstellung jeder Maler seinen Lohnbrief vorlegen mußte, dann aber nur als Anstreicher entlohnt wurde. Der Lohn für Maler ist 8 1/2 höher als für Anstreicher.

So hat denn unser Verband sowohl für die Kollegen in den Malerwerkstätten und in den Industriebetrieben, in denen sie als Ladirer, Anstreicher usw. beschäftigt sind, als auch für die auf privaten und auf den kaiserlichen Werftbetrieben tätigen Kollegen getan, was unter Berücksichtigung der eigenartigen Betriebs- und Arbeiterverhältnisse und der größtenteils ungenügenden Organisation nutzbringend möglich war. Auch in dem laufenden Jahre wird das wiederum geschehen.

Unternehmergeist und Eigennuß.

Die Entwicklung zur Gemeinwirtschaft, die durch den Weltkrieg einen starken Anstoß bekommen hat, läßt sich auf die Dauer nicht mehr aufhalten. Es kann gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Staat, Gemeinde und Genossenschaft immer mehr wirtschaftliche Unternehmungen betreiben und sie dadurch der privatkapitalistischen Wirtschaft entziehen werden. Daß sich das Privatkapital dagegen sträubt, ist ganz erklärlich und daß es die kommende Gemeinwirtschaft als ein Schreckgespenst an die Wand malt, versteht sich ganz von selbst. Einer der wichtigsten Einwirkungen gegen diese neue Wirtschaftsform ist der, daß sie die persönliche Latratz und Unternehmungslust der Beteiligten lähme, daß sie den Wettstreit und die Schaffensfreude erlöse, daß sie, kurz gesagt, den Unternehmergeist völlig erlöse. Diese Behauptung wird unaufhörlich wiederholt, sie ist aber zweifellos auf die Leser und Hörer eine starke Wirkung aus, weshalb es sich lohnt, einmal darauf einzugehen.

Sicherlich ist der Unternehmergeist als Ausfluß menschlichen Denkens und Willens von größter Bedeutung, weil er die Menschen antreibt, nach neuen Mitteln und Wegen zu suchen, um die Menschheit vorwärts zu bringen und in der Kultur zu fördern. Es wäre ein Unding, leugnen zu wollen, was menschlicher Schaffensgeist erbringt, was menschliche Willenskraft erstrebt und was menschlicher Wagemut geleistet hat im Dienste der Aufwärtsentwicklung. Es wäre auch falsch, wenn man betreiben wollte, daß der persönliche Eigennuß des einzelnen ein starker Stachel gewesen ist, der die Menschen vorwärts gepörrt hat. Aber ein Irrtum ist es, zu glauben, daß, wenn der Eigennuß ausgeschaltet und durch den Gemeinssinn ersetzt würde, notwendigerweise der Unternehmergeist verdorren müßte. In der Vergangenheit und in der Gegenwart der menschlichen Gesellschaft hat sich deutlich gezeigt, daß der selbstlose Gemeinssinn ebenfalls Taten verrichtet hat, die die Menschheit höheren Zielen entgegenführten. Die Menschheit müßte sich schämen, wenn sie ihren Aufstieg lediglich dem Eigennuß und nicht auch dem Solidarismus verdankte. Hier besteht noch der Unterschied, daß die aus Eigennuß entsprungenen Taten und Erfolge neben den Vorteilen auch sehr bedauerliche Nachteile mit

sich gebracht haben, während die aus selbstloser Menschlichkeit entsprossenen Handlungen ohne Mißklang der Entwicklung zutage gekommen sind. Der Eigennuß der einzelnen Menschen und Menschengruppen hat die Menschheit um die Grunderigenschaften betrogen, die der menschliche Geist gezeugt hatte, er hat erbitterte, unaufhörliche Kämpfe unter ihnen hervorgerufen, in denen ein großer Teil dieser Grunderigenschaften vernichtet worden ist. Der gegenwärtige Weltkrieg ist ein erschreckender Beweis dafür, daß der Eigennuß den Solidarismus erstirkt und die Kultur unter Trümmern begräbt.

Kann man es darum tadeln, wenn weislichere Führer der Menschheit sich bemühen, den Unternehmerrgeist in seinen segensreichen Wirkungen zu erhalten, ihn aber vom Eigennuß freizumachen? Ist es ein Fehler, wenn der Unternehmerrgeist von den ihm anhaftenden Schäden gereinigt und sozialen Zwecken dienlich gemacht werden soll? Bei aller Anerkennung des Großen, was er geleistet hat, darf man doch auch nicht vergessen, welche ungeheure Unheil seine antisozialen Auswüchse angerichtet haben. Die Menschheit wäre das nicht, was sie im Verlaufe der Jahrtausende geworden ist, ohne die Großtaten des freien Unternehmerrgeistes; aber wenn der Unternehmerrgeist nicht in den Dienst der rückwärtslosen Selbstsucht gestellt worden wäre, hätte er nicht so viele Wunden der Menschheit gezeugt und so unendlich viel Leid über die Menschheit gebracht. Darum gilt es, den Unternehmerrgeist in den Dienst des gesamten Volkes zu stellen, ihn dort zu fördern, wo er sozial wirkt, ihn aber überall bis auf die Wurzel auszurotten, wo er seinen persönlichen Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit sucht. Glücklicherweise wird die wirtschaftliche Umgestaltung und vor allen Dingen die Entwicklung zur genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft immer zahlreichere Menschen mit sozialem Pflichtgefühl erfüllen und den persönlichen Eigennuß als einen überwundenen Standpunkt brandmarken.

Der Arbeitsmarkt im April 1918.

Im April 1918 sind nach den Gesamtübersichten des „Reichsarbeitsblattes“ Nummer 5 keine merklichen Veränderungen in der Tätigkeit der deutschen Industrie gegenüber der Lage im März zu verzeichnen. Gegenüber den Vormonaten hat sich das Bild nicht wesentlich verändert. Die Beschäftigung hielt sich auch dem Vorjahre gegenüber annähernd auf derselben Höhe.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Mai in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang April eine Zunahme um insgesamt 102 188 Beschäftigte oder 2,8 vom Hundert erkennen. In der Steigerung ist das männliche Geschlecht mit 116 172 (2,9 vom Hundert), das weibliche mit 78 061 (1,8 vom Hundert) beteiligt. Dem April gegenüber ist eine wesentliche Zunahme eingetreten; im Vergleich zum Mai 1917 ist die Steigerung nicht ganz so bedeutend (2,0 vom Hundert).

Nach den Feststellungen von 84 Fachverbänden, die für 1 102 815 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenquote Ende April 1918 9,8 vom Hundert. Im März wurde von 88 Verbänden berichtet und eine Arbeitslosenquote von 9,9 vom Hundert festgestellt. Es bedeutet dies eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum April der vier vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenquote nicht unmerklich gesunken. Sie stand im April 1917 auf 1,0 und hatte 1915 2,9 vom Hundert betragen; auch in der Friedenszeit April 1914 war die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, nämlich 2,8 vom Hundert. Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter eine Steigerung des Arbeitsandranges erkennen. Im April kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 82 Arbeit-

suchende (gegen 88 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht 90 (gegen 85 im Vormonat). Die bis Mitte März reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ verzeichnet gegenüber dem Vormonat keine wesentliche Veränderung der Verhältnisse. Im Vergleich zum Vorjahre ist eine starke Verminderung der überschüssigen Arbeitskräften und eine Vermehrung der nicht erledigten offenen Stellen zu erkennen.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lauten für das Baugewerbe verschieden.

Aus dem Bericht der Zeitschrift „Baumaterialienmarkt“, Leipzig, ist zu entnehmen: Von den für den Kleinwohnungsbau gewählten Einrichtungen ist allgemein größter Gebrauch gemacht worden, als die bestehenden Verhältnisse, insbesondere der Mangel an Arbeitskräften und Material dies irgendwie gestatteten. Insbesondere hat man sich sofort der Fertigstellung der in der Kriegszeit begonnenen, aber durch die behördlichen Maßnahmen stillgelegten Wohnungsbauten zugewandt. In einzelnen Gegenden ist auch mit neuen Kleinwohnungsbauten begonnen worden. Auch außerhalb des Wohnungsbaus steht die Inangriffnahme von Bauten bevor, sobald dieselbe möglich ist. Der Umfang der Bautätigkeit für kriegswichtige Betriebe geht weiter zurück; jedoch werden die Vorarbeiten für viele Fabrikverweiterungen und Neubauten betrieben. Aus der Landwirtschaft wird berichtet, daß die Ausführung von Reparaturarbeiten zunimmt.

201 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. Mai 50 156 männliche und 7791 weibliche Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des Vormonats ist eine Zunahme um 5,2 vom Hundert bei den männlichen und um 10,8 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Bei 75 Innungskrankenkassen der Bauwerke mit 17 728 männlichen und 1845 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken am 1. dieses Monats war dem Anfang des Vormonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 4,7 vom Hundert und die weibliche um 12,6 vom Hundert höher.

In Ostpreußen konnte auf dem Arbeitsmarkte des Baugewerbes ein Teil des angemeldeten Bedarfs nicht gedeckt werden.

Von Westpreußen wird berichtet, daß im Baugewerbe die Beschäftigung nur gering wuchs; gelernter Bauarbeiter konnte teilweise Beschäftigung nicht nachgewiesen werden.

In Pommern haben sich die Anforderungen von Facharbeitern für kriegswichtige Betriebe gegen den Vormonat erhöht.

In der Möbelindustrie Mecklenburg-Schwedens herrschte bei bedeutender Nachfrage Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen.

Im Baugewerbe des oberhessischen Industriezirks ist der Mangel an gelerntem Arbeitskräften nach wie vor erheblich.

Für Berlin und Provinz Brandenburg verlangte das Baugewerbe verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte.

Im Königreich Sachsen zeigte sich im Baugewerbe erhöhter Bedarf an Maurern, Bauarbeitern und Zimmerern, der nicht in genügender Zahl gedeckt werden konnte. Ebenso überstieg die Nachfrage nach Malern das Angebot.

Die Vermittlung für das Baugewerbe im Großherzogtum Sachsen, Sachsen-Meiningen, Altenburg, Coburg, Gotha, den beiden Schwarzburg und Meuß hat sich infolge größeren Andranges gelernter und ungelernter Arbeitsuchender gehoben.

In Hannover, Braunschweig und Oldenburg konnte die Nachfrage nach Maurern und Zimmerern an den meisten Orten nicht ganz befriedigt werden.

Malerisches aus Ostgalizien.

Von Olli Ollmanns, zurzeit im Felde.

Die Maler gehören schon seit Urzeiten zu den wandernden Nomaden, denen Süden und Westen Europas aus manchen Reisen bekannt ist. Tausende unserer Kollegen haben den Gegenstand Europas, den Balkan, Italien und Frankreich durchzogen, wobei die ständig von etwa 40 v. H. Reichsdeutschen bevölkerte Schweiz nur als Uebergangsstation galt.

Aber schon die östlichen Provinzen Preußens haben wenig einwandernde Maler gesehen, in Polen über Lodz und Warschau sind nur wenige hinarangekommen, trotzdem hier die Verdienstmöglichkeiten in Friedenszeiten keineswegs gering waren. Dasselbe gilt von Galizien. Die ganze Struktur des Handwerkes ist hier so eigenartig, daß eine Anpassung daran schwer möglich ist.

Während wir in Deutschland Juden als Handwerker fast überhaupt nicht kennen, bilden diese in Polen und Galizien den weitestgehenden Teil derselben. Von sehr wenigen Ausnahmen in unterm Berufs abgesehen, wird durch diese der Beruf rein handwerklich, ohne jeden künstlerischen Gesichtspunkt angeübt; sie sind das, was bei uns die Tücherer sind.

Die Herren Stifte gehen fast ausschließlich barfuß oder in viel zu großen Treppenzweigen, mit ausgerangierten, zerfetzten großväterlichen Röden, von unten bis oben von Schmutz respektive Farbe tropend. Auch die Gehäusen arbeiten in derselben Kleidung, die ihnen in der Freizeit von und nach der Arbeit dient, die unermüdliche Zigarette ständig zwischen den Lippen.

Tarifliche Löhne gibt es meines Wissens nur in Krakau, 45 bis 50 Heller pro Stunde, nach dem jetzigen Kronenwert 30 bis 32 Pfennig.

Der Maler beschränkt seine Tätigkeit ausschließlich auf die Städte; in den Dörfern kalte die Kanjefrau ihre Stube selbst, und mehr als ein niedriges Gelag hat in Ostgalizien selbst die zahlreichste Familie nicht. Nabegu ein Viertel des Raumes wird darin von dem riesigen, gemauerten Ofen ausgefüllt, dessen einzelne Terrassen gleichzeitig als Schlafplatz für die Kinder dienen, während unter dem Ofen im Winter die — Hüner — hausen. Malerischen Schmuck erhält diese Bude durch die unzähligen Heiligenbilder, die die ganze obere Hälfte der Wände bedecken.

In den Städten selbst gibt es auch die modernen Mietskasernen, drei- und vierstöckig, mit den stillstehenden lunterhinsten Fassaden. Bessere Häuser haben ausschließlich Studierzimmer im Innern, manchmal sogar echten Marmor, geschmacklos in verschiedenen Arten verpackt. Wo Malereien vorhanden sind, bestehen diese zu 90 v. H. aus Schablonenarbeiten von Wolfrum & Co. in Wien, jenen bekannten vielköpfigen naturalistischen Blumenmotiven, deren Farbgebung durcheinander nach bunten Musterarten dieser Fabrik erfolgt. Selten traf ich als Anfang an meine nun nahezu zwanzig Jahre zurückliegende Lehrzeit dunkle Frieze mit hellem Ornament, an zwei Stellen auch Rotive aus dem vor 15 Jahren populären ersten Werk Grohmanns.

Original erschien mir die allgemeine Sitte, wie ich diese in Sirhi, Czernowit, Demberg usw. fand, in den Wohnstuben Sodel zu malen mit den Treppenschablonen besagter Wiener Firma.

In den feudalen Schlössern und Willen der zahlreichen Großgrundbesitzer und Magnaten ist alles in Stud, weiß mit reichem Gold, gehalten, antike Gemälde von zweifelhaftem Herkommen, Pariser Möbel, moderne Stoffe, tropische Pflanzen, orientalistisch bunt, aber geschmacklos.

Auch die Theater und Kirchen sind alles andere als vorbildlich; auf dem Demberger Bahnhof sind große Fresken aus der Entwicklung des Verkehrsweßens sehr verwahrloßt. Die Malerei der großen Halle des Przemysler Bahnhofes ist in italienischer Renaissance gehalten, der ganze Bau im modernem Jugendstil. Einzelne Räume, die wohl früher für feudale Kessende berechnet waren, sind damastartig in Gold gemustert.

Lohnender ist die Ausbeute auf dem Gebiete der Schilbermalerei, die ja fast überhaupt in ganz Oesterreich-Ungarn ein besonderes Gepräge hat.

Die Fassaden und Türen der Trafiken, das heißt der haatlichen Tabakverkäuferstellen, sind wie unsere Schilberhäuser, in den Landesfarben schwarz-gelb getreift; über Türfüllungen, Leisten usw. hinweg eine zeitraubende, mühselige Arbeit von lächerlicher Wirkung.

An jedem Laden ist aber das dort käufliche abgemalt; der Kolonialwarenhandeler, Bäcker, Friseur, Drogist, Stoffhändler usw. lassen alles bei ihren Erhältliche in schreienden Farben auf ihr Schild malen.

Bei einem Eisengeschäft zählte ich auf einem Schild, etwa 2 bis 3 m lang, über 50 abgemalte Gegenstände, vom

Blätterfen bis zum Nachtgeschirr, jedes einzelne fein säuberlich unter geschickter Ausnutzung des Raumes gemalt, eine zureichende Arbeit für einen langen, arbeitslosen Winter. — Sogar die Hebamme, selbst auf dem Dorfe, hat auf ihrem Schild das gemalte Wickelkind; komisch, wenn man so einen neuen Weltbürger, in alte Lumpen gehüllt, im Kartoffelkorb findet.

Wenn man berücksichtigt, daß in jedem untersten Stad der Häuser Läden sind, kann man die Dunttheit eines solchen Eindrudes ungefähr ermessen. Dabei darf man sich nicht Läden nach untern Begriffen vorstellen; alles Verkaufliche liegt meistens auf einer alten Kiste vor der Tür, daneben hoch der Händler, während der eigentliche Laden die Wohnung für die vielköpfige Familie ist. Da handelt einer mit ungelöschtem Kall, der ganze Vorrat in einem Eimer, und das ganze Vorhanggeschäft eines andern könnte ein Kind ohne Gefahr für den Magen hintereinander aufessen.

Die Größe der Plakate steht fast im umgekehrten Verhältnis zu der Größe des „Ladens“. Glasbilder sind nicht allzu zahlreich und selten einfach gold-schwarz; auch hier malt man Schinken, Blumen, Perücken und was noch alles hinter Glas.

Etwas recht Originelles fand ich durch Zufall in Demberg. Ein Verkäufer war damit beschäftigt, vor einem Delikatessenwarengeschäft die innere Seite der Scheibe eines, wie es mir schien, leeren Schaukastens in Spiegelschrift zu bemalen. Auf der entgegengesetzten Seite des Ladens aber fand ich des Rätsels Lösung. Es war ein ganz flacher Schaukasten, gewissermaßen nur eine Rückwand, mit Kupfen bespannt. Die große Glasscheibe steckte in einem Eisenrahmen, wor so zu öffnen, wurde von der Rückseite mit Leinwand in Spiegelschrift bemalt, wieder geschlossen, und so wirkte die Schrift auf dem Kupfenhintergrund vorzüglich. Nach Bedarf wird jeden Tag Veraltetes von der Scheibe entfernt und Neues angekündigt.

Das ist die ganze magere Ausbeute eines mehr als einjährigen Außerthaltes im Ofen. Ganz berechtigt ist es, für die Zeit nach dem Kriege wesentliche Änderungen zu erwarten; in den Städten ist nur sehr wenig zerstört, und auf dem Lande hat man dieses schon jetzt wieder, wenn auch primitiv, aufgebaut.

Das traurige Schicksal der vielen, einst so blühenden deutschen Niederlassungen in Galizien, von denen ich viele kennen zu lernen, Gelegenheit hatte, wirkt alles andere als ermutigend.

Im Baugewerbe Schleswig-Holsteins ist ein Aufschwung zu verzeichnen.

In Hamburg war in fast allen gelernten Berufen die Nachfrage stärker als das Angebot.

Aus Gessen und Hessen-Rassau wird berichtet, daß das Baugewerbe erhöhte Anforderungen von Malern und Tischlern geltend machte.

In Westfalen und Rheinland war die Lage des Baugewerbes durchweg günstig.

In Bayern erstreckte sich die Bauattività im wesentlichen auf wichtige Bauten im Geistesinteresse; es herrschte Mangel an Arbeitskräften.

In Baden wird berichtet, daß Bauarbeiter (Maurer, Zimmerleute und Maler) etwas reichlicher vorkommen. In einem größeren Orte konnte gegen den Vormonat die doppelte Anzahl von stellungsuchenden Malern untergebracht werden.

In Württemberg hat sich nach dem Bericht des statistischen Landesamts die günstige Marktlage für die stellungsuchenden noch weiterhin gebessert.

Für das gesamte Baugewerbe werden im April von der Vermittlungsstatistik angegeben:

Table with 3 columns: Berufsgruppe, Offene Stellen, Besetzte Stellen. Rows include Maurer, Zimmerer, Maler, Anstreicher, Sackierer, Kleber.

Im Malergewerbe hat die im Vormonat eingetretene günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt angehalten; auch im übrigen Baugewerbe ist der Stand ein guter.

Table with 3 columns: Monat 1918, April 1918, April 1917. Rows include Maurer, Zimmerer, Maler.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Sackierer- und Anstreichergewerbe in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres war wie folgt:

Table with 4 columns: Monat, Arbeits-suchende, Offene Stellen, Besetzte Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeits-suchende.

In den einzelnen Landesteilen stellte sich für das Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage in den Monaten Februar, März und April 1918 folgendermaßen:

Table with 6 columns: Monat, Arbeits-suchende, Offene Stellen, März, April, Besetzte Stellen.

Im Anschluß an diese Uebersicht der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes für das gesamte Bau- und für das Malergewerbe im besondern brachten wir nachfolgend die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Biffern aus unserer monatlichen Umfrage über die Beschäftigung unserer Verbandsmitglieder ab:

Table with 5 columns: Monat, Mitglieder in d. Verbands-Liste, Arbeitslose, Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose.

Nach diesen Feststellungen hat sich also die Lage des Arbeitsmarktes für unsere Kollegen etwas verschlechtert. Kamern im März auf 100 Mitglieder 0,22 Arbeitslose, so im April 0,38. Das steht im Gegensatz zu den Ermittlungen über die Frequenz der Arbeitsnachweise für Maler, Anstreicher usw. Doch ist diese jetzt so wenig umfangreich,

daß hieraus nicht sofort weitgehende Schlüsse gezogen werden können. Andererseits ist die Zahl der ermittelten Arbeitslosen an sich (27 von 7124 erfassten Mitgliedern) so gering, daß hier vereinzelte Zufälligkeiten das ganze Bild entscheidend beeinflussen können.

Folgende Filialen sandten statistische Karte nicht beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Bielefeld, Cottbus, Eisenach, Hirschberg, Jena, Frankfurt a. d. O., Graudenz, Gützkow, Hirschberg, Jena, Meile, Nordhausen, Osnabrück, Passau, Potsdam, Reddinghausen und Ulm.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustand.

Wiesbaden. Am 26. Mai fand eine Mitglieder-versammlung der Filiale statt, die zunächst den Kassenbericht vom ersten Quartal, den der Kollege Gollb erstattete, entgegennahm. Die Einnahmen betragen infolge des Kassen-vortrages von M. 1906,42 M. 8764,82, die Ausgaben M. 1882,84, so daß ein Kassenbestand von M. 1882,28 verblieb.

Gewerkschaftliches.

Der „unbedingt notwendige Abbau der Löhne“. In der Versammlung der Vereinigung süddeutscher Handelskammern sprach kürzlich ein Herr Zander aus Straßburg über das Thema: „Uebergangswirtschaft und Industrie“. Unter anderm führte er aus: „Wollen wir den unbedingt nötigen Abbau der Löhne nicht zu einem Kampf auf Leben und Tod zwischen Arbeitern und Unternehmern werden lassen, so muß in erster Linie für eine baldige Senkung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel gesorgt werden.“

Der Buchbinderverband im Jahre 1917. Für die Organisationsinstanzen war es eine schwere Aufgabe, der enormen Verteuerung der Lebensmittel entsprechend wenigstens in etwas einen Ausgleich durch Erhöhung der Löhne zu schaffen. Die zunächst gewährten Teuerungszulagen mußten als durchaus unzureichend bezeichnet werden.

28 848. Im Kriege gefallen, an Verwundungen und Krankheiten gestorben sind 6217. Interessant ist, welchen Einfluß die Kriegsverhältnisse auch in diesem Gewerbe auf die Lehrlingsfrage ausübten. Die Zahl der Lehrlinge ging gegenüber dem Friedensstand um mehr als 2000 zurück.

Der Verband der Glasarbeiter hat im Jahre 1917 eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Für alle Betriebe wurden wiederholte Lohnbewegungen eingeleitet und durchgeführt, so daß die Löhne der Glasarbeiter erheblich aufgebessert wurden.

Die Entwicklung der Organisation im letzten Jahre und zahlreiche Zuschriften aus dem Felde geben die Gewähr, daß die Arbeiterschaft der Glasindustrie sich dafür durch Einigkeit stark zu machen gewillt ist.

Arbeiterversicherung.

Arzthonorare in der Kriegszeit. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat eine Erhebung darüber vorgenommen, wie sich das Honorar einzelner Kassenärzte während der Kriegszeit gehoben hat.

Die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung und die Ärzte. Ende Juni wird ein außerordentlicher Arztetat auf Veranlassung der ärztlichen Organisationen zu den Anträgen im Reichstage und den Anregungen der Krankenhaupverbände bei der Reichsregierung betreffend die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung, Stellung nehmen.

sicherungspflicht ist, daß ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst $\text{M} 2500$ nicht übersteigt. Die wichtigsten dieser Gruppen sind die Handlungsgeschilfen, Betriebsbeamten, Werkmeister und ähnliche Angestellte. Es sind das diejenigen Angestellten, die auch unter die Angestelltenversicherung fallen. Ein Teil von ihnen ist durch die Kriegszulagen zu einem Einkommen von mehr als $\text{M} 2500$ gekommen; damit erlosch ihre Versicherungspflicht. Die soziale Lage dieser Angestellten ist aber trotz dieser Gehaltserhöhungen keineswegs glücklicher geworden. Sie gehören nach wie vor zu den wirtschaftlich Schwachen, die durch die Versicherungspflicht geschützt werden sollen. Es liegt also für die Verate keine Veranlassung vor, sich gegen derartige Anträge zu wenden, die nichts anderes wollen, als ein Unrecht wieder gutmachen.

Audem ist der Kreis der hier in Betracht kommenden Personen wirklich nicht so groß, daß sich deswegen die Abhaltung eines außerordentlichen Vertretertages lohnt. Während des Krieges umfaßt die Krankenversicherung etwa 18 bis 14 Millionen Versicherte, während vielleicht etwa 4 Millionen Privatangestellte im ganzen Reich gegenwärtig in Beschäftigung stehen. Von diesen 4 Millionen unterliegen der Angestelltenversicherungspflicht etwa eine halbe Million. Das sind also alle Angestellten bis zu $\text{M} 5000$ Jahreseinkommen. Ein Gehalt von $\text{M} 2500$ bis zu der beantragten neuen Grenze von $\text{M} 4000$ werden vielleicht 100 000 Angestellte beziehen, die aber über das ganze Deutsche Reich verstreut sind. Diese hunderttausend Versicherten sind durch die Entwicklung der Kriegsverhältnisse aus der Krankenversicherungspflicht ausgegliedert, konnten sich aber bisher schon freiwillig weiterversichern. Einzelne mögen das versäumt haben; die meisten sind jedoch Klassenmitglieder geblieben, nur daß jetzt der Arbeitgeber keine Verpflichtung zur Bezahlung der Beiträge hat. Daher sollen sie wieder versicherungspflichtig werden. Das ist eine Forderung, die jeder sozialdenkende Mensch, auch wenn er Arzt ist, als gerecht anerkennen sollte. Die Verringerung der Lebenserwartung durch die Behauptung, es sei die Ausgestaltung der Krankenversicherung zu einer allgemeinen Zwangsversicherung für das ganze Volk beabsichtigt, entbehrt also jeder Grundlage.

Sozialpolitisches.

Die preussischen Wahlrechtsfeinde haben gesiegt. Mit großer Mehrheit wurde am 12. Juni im preussischen Abgeordnetenhaus die Wahlrechtsvorlage in der Fassung angenommen, die sie durch die vereinigten Gegner des gleichen Wahlrechts erhalten hatte. Daß auch diese vierte Lesung kein anderes Ergebnis als die vorausgegangenen Beratungen haben würde, konnte nicht mehr zweifelhaft sein. Die radikalreaktionären Feinde eines gleichen Wahlrechts wollen keine Verständigung; sie fühlen sich so sicher, daß sie es auf einen Konflikt ankommen lassen. Die von ihnen beschlossene „Wahlreform“ mit ihren „Zusatzstimmen“, ihrer durch „Sicherungen“ dancend verankerten Wahlkreiseinteilung, ihrem Proporz für die polnischen Landesteile, ihren „kulturellpolitischen Sicherungen“ und ihrer Verammelerung aller künftigen Bestrebungen auf Verfassungsänderungen ist als Ganzes und im Einzelnen eine so unverschämte Herausforderung des preussischen und des gesamten deutschen Volkes, daß nur eine einzige Antwort darauf möglich erscheint: sofortige Auflösung des Parlaments, das sich eine solche Herausforderung erlaubt, und reichste Durchführung von Neuwahlen, die dem Volke selbst die Möglichkeit geben, Abrechnung zu halten. Wenn die Regierung, gegen die sich die Herausforderung der Wahlrechtsfeinde ebenso richtet wie gegen das Volk, diese ihre Pflicht nicht begreift, so macht sie sich an der moralischen Mißhandlung mitschuldig, die dem Volke durch die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes zugefügt worden ist.

Ein neues Erbbaurecht. Mit der Veröffentlichung des Entwurfes eines Reichsgesetzes über das Erbbaurecht (Sonderbeilage des Reichsanzeigers vom 3. Mai 1918) kommt, wie der deutsche Wohnungsausschuß berichtet, das Reichswirtschaftsamt einem langgehegten Wunsche der Kreise der Wohnungsreform nach, die in diesem im Bürgerlichen Gesetzbuche stark vernachlässigte Rechtsgebilde ein nicht unbedeutendes Mittel zur Förderung des Kleinwohnungsbaues erblickt und daher ständig auf die Notwendigkeit seines weiteren Ausbaues hingewiesen haben. Wenn das Erbbaurecht bislang nur eine mäßige Verbreitung in Deutschland gefunden hat, so ist der Grund mit in den zahlreichen rechtlichen Schwierigkeiten zu suchen, die bislang mit dem Abschluß von Erbbaurechtsverträgen, der Regelung der Rechtsverhältnisse der Beteiligten und namentlich mit der Beleihung von Erbbaurechten verbunden waren. Hier schafft der Entwurf nunmehr gründlich Wandel, indem er mit Recht das Hauptgewicht auf die Hebung der Beleihbarkeit des Erbbaurechtes legt. Der Hypothek wird dadurch eine sichere Grundlage gegeben, daß Erbbaurechte in Zukunft nur zur ersten Rangstelle auf dem belasteten Grundstück begründet werden können, daß sich die Hypothek auf das auf dem Erbbaugelände errichtete Gebäude mit erstreckt und daß bei einer Zwangsversteigerung des Grundstückes das Erbbaurecht bestehen bleibt. Ferner werden die Zulässigkeit der Beleihung mit Mündelgeld und durch öffentliche Sparkassen, Landesversicherungsanstalten, Hypothekenbanken und private Versicherungsunternehmen, sowie die Sicherheitsgrenze für solche Darlehen ausdrücklich gesetzlich festgelegt. Auch wird dem Erbbaurechtsnehmer für den Fall des Verlustes seines Rechtes eine Entschädigung für das Bauwert zugesichert. Man wird sich nach alledem der Hoffnung hingeben dürfen, daß der Entwurf sich als eine geeignete Grundlage für eine allgemeinere Einbürgerung des Erbbaurechtes und als ein Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Wohnungswesens im allgemeinen bewähren wird.

Die Schaffung eines Staatskommissariats für das Wohnungswesen und die Uebertragung der unter verschiedenen preussischen Ministerien verteilten Befugnisse im Gebiete des Wohnungswesens auf den Ministerpräsidenten, entspricht einem allgemeinen Bedürfnis, und die Maßnahme

zeigt, daß die Regierung bestrebt ist, der dringend notwendigen Fürsorge für das Wohnungswesen größere Sorgfalt als bisher zuzuwenden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ enthält über die Angelegenheit einen offiziellen Kommentar, in dem es heißt:

Durch die Schaffung eines Staatskommissariats ist ein dringender Wunsch aller Kreise, die durch Verunsicherung oder Interesse auf dem Gebiete des Wohnungswesens tätig sind, insbesondere auch des preussischen Landtages erfüllt worden, der dahin ging, die bisher auf fünf Ministerien (Lebensmittel, Arbeiten, Inneres, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Finanzen) verteilten Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungswesens in einer Hand zu vereinigen. Die bisherige Zersplitterung lähmte die Initiative auf einem Gebiete, das dringend nach Reformen verlangt und für das Reformpläne in großer Zahl vorliegen, ohne daß es zu wirklichen durchgreifenden Entschlüssen, geschweige denn zu entscheidenden Maßnahmen bisher gekommen wäre. Der Krieg hat auch hier die Erwägungen zur Tat reifen lassen. Nach dem Vorbild des preussischen Staatskommissariats für Volksernährung ist nunmehr ein Staatskommissariat geschaffen, das unmittelbar dem Präsidenten des Staatsministeriums unterstellt wird und alle wesentlichen Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungswesens in sich vereinigt. Von dem neuen Staatskommissar soll bearbeitet werden: Das Baupolizeiwesen mit dem Städtebau, das Kleinwohnungs- und Baugenossenschaftswesen, die Kommunalverwaltung, soweit sie mit dem Wohnungswesen zusammenhängt, insbesondere also die Wohnungsaufsicht, die Mietvermittlungsämter, die sozialen und bevölkerungspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Wiederaufbau, die städtischen Grundbesitz, die städtischen Siedlungsgesellschaften usw. Auf allen diesen Gebieten stellt auch das neue Wohnungsgesetz zahlreiche Aufgaben, die sofortige Lösung heischen. Vor allem aber gilt es, jetzt schon diejenigen Maßnahmen zu treffen, die die drohende Wohnungsnot nach Beendigung des Krieges abzumenden oder sie doch nach Möglichkeit zu mildern geeignet sind. Zum Staatskommissar für das Wohnungswesen ist der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Excellenz Dr. Freiherr v. Goels von der Rüggen ernannt worden. Ihm steht zur Seite der bereits vor einiger Zeit vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten ins Leben gerufene Beirat für Städtebau und städtisches Siedlungswesen, in dem die berufensten Männer aus der Praxis, insbesondere der Kommunalverwaltung und der Baugenossenschaften, vertreten sind.

Genossenschaftliches.

Die Kriegerversicherungskasse der Volksfürsorge gewinnt für die Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen bei der immer längeren Ausdehnung des Krieges und der damit verbundenen stärkeren Lebensgefahr täglich mehr an Bedeutung. Jede neue Offensive bedeutet für Tausende heute noch gesunder Kämpfer den Tod und hat für die Hinterbliebenen der meisten davon neben dem herben Schmerz um den erlittenen Verlust auch materielle Nachteile im Gefolge. Wegen die letzteren kann man sich bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse versichern!

Ohne jegliche Schwierigkeiten können in allen Reichungsteilen der Volksfürsorge für jeden Kriegsteilnehmer bis zu 20 Anteilsscheine zu je $\text{M} 5$ gelöst werden. Die eingezahlte Gesamtsumme wird am Schlusse des Krieges unter die Hinterbliebenen der gefallenen und gestorbenen Versicherten verteilt. Sofort nach festgestelltem Tode kann eine Vorauszahlung im fünffachen Betrage der Einzahlung erhoben werden.

Bis zum 21. Mai 1918 waren für 60 014 Kriegsteilnehmer 92 170 Anteilsscheine erworben und dafür $\text{M} 460 850$ eingezahlt worden. Insgesamt waren bis zu diesem Zeitpunkt als tot gemeldet 225 Versicherte mit 5177 Anteilsscheinen, davon im Jahre 1918 611 mit 1385 Anteilsscheinen. In 611 Fällen davon waren $\text{M} 34 610$ als Vorauszahlung geleistet worden.

Es kann also für den einzelnen Anteil immer noch eine ganz erhebliche Summe zur Auszahlung kommen. Für die Angehörigen von vielen Tausenden von am Kriege Beteiligten wäre die Erwerbung von Anteilsscheinen nur eine Maßnahme kluger Fürsorge!

Vom Ausland.

Malertongreß in Schweden. Vom 30. März bis 4. April tagte in Stockholm der neunte Kongreß unserer schwedischen Bruderorganisation. Als Gäste waren anwesend Kollege Winge vom norwegischen und Kollege Carlsson vom dänischen Verband, außerdem von der schwedischen Landesorganisation Ederberg. Verschiedene dem Internationalen Malertongreß angehörende Verbände bedauerten, infolge der allgemeinen Kriegsverhältnisse keine Vertreter entsenden zu können. Anwesend waren 53 Delegierte, die 44 Zahlstellen vertraten, außerdem der Hauptvorstand, die Redaktoren und die oben erwähnten Gäste; zusammen 67 Kollegen.

Der Geschäftsbericht ergab, daß sich der Verband sowohl finanziell als auch in seiner Mitgliederzahl sehr gut entwickelt hat. Die vollzahlenden Mitglieder sind um rund 500 (in Schweden werden die Mitglieder nicht wegen Beitragsrückstände gestrichen), die gesamten Mitglieder um 1000 gestiegen. Im Januar 1915 zählte der Verband 44 Filialen mit einer Mitgliederzahl von 5559. Davon 2017 ohne Beitragsrückstände, gegen 6600 Mitglieder in 54 Zahlstellen am 1. Januar 1918; hiervon ohne zu restieren 2475. Um in Zukunft das ungesunde Verhältnis zu beseitigen, daß der Verband eine Mitgliederzahl aufweist, die der Wirklichkeit eigentlich gar nicht entspricht, wurde beschlossen, zu Anfang jedes neuen Jahres Kollegen mit über acht Wochen Rückstand zu streichen.

Zum Programm und zu den Statuten waren sowohl vom Hauptvorstand als auch von den Zahlstellen eine Reihe Änderungen angetragen. — Stockholm be-

trugte unter andern das Stundenlohnstufen aufzuheben und bei neuen Tarifverträgen ein obligatorisches Stundenlohnstufen einzuführen. Der Hauptvorstand hatte hiergegen Bedenken und hielt die Sache noch nicht für spruchreif. Es wurde beschlossen, daß, wie früher, die Lohnstufen als gleichberechtigt gelten sollen mit dem Zusatz, daß die Zahlstellen nur für ihre Mitglieder das Stundenlohnstufen erlassen dürfen, daß also Kollegen, die von anwärts, wo in Accord gearbeitet wird, in andere Städte (ohne Accord) arbeiten auszuführen haben, dann in Accord arbeiten können. — Das Stundenlohnstufen soll abgeschafft werden, die Mitgliederzahlen sind in Zukunft zu streichen. — Die Arbeitslosenunterstützung wurde von 1 Krone auf 1 Krone 50 Cere und von 50 auf 75 Cere pro Tag, je nach Beitragsleistung, erhöht. Es wird 40 Tage lang gewährt. Die Verbesserung wird ohne eine Beitragserhöhung eingeführt. Ein Antrag auf Abscheiden aus der Landesorganisation wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — Als erster und zweiter Vorkandidat wurden die Kollegen Hagmann und Nyquist wieder gewählt.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgegeben von Parvus, Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68. Das soeben erschienene Heft 10 hat folgenden Inhalt: Dr. Paul Lenz, M. b. R.: Die neue Offensive; Edwin Saenger, München: Die Kriegsschuld des zaristischen Rußland; Johann V. Leuge: Neumarkt; Ernst Kriebel: Zum Aufstieg der Vegetarier; L. C. H., München: Neue Vorschläge zur Lösung der Wohnungsfrage; Spectator: Das deutsche Theater als Literaturtheater; Oskar M. Graf: Arbeiter. Preis des Einzelheftes 30 Pf.

Demokratie und Freiheit. Soeben ist im Buch- und Zeitschriftenverlagshaus Georg Sturm, Berlin SW 48, das dritte Heft seiner Serie „Demokratie und Freiheit“ von Julian Vorhardt erschienen, das das parlamentarische System in Frankreich schildert. Es wird dargelegt, daß ebensowenig wie in England und Amerika auch in Frankreich die Deputiertenkammer kein Abbild des Volkswillens ist. Das Amt des Deputierten ist zu einer Erwerbsequelle geworden. Die unverantwortlichen Bureaucrats der Ministerien sind, die in Wirklichkeit die Regierungsgewalt ausüben. Hinter den Ministerien steht die Macht des Großkapitals. Bei solchen Zuständen kann es nicht ausbleiben, daß es der Arbeiterklasse noch etwas schlechter geht als den englischen und amerikanischen Arbeitern. Der Preis des Heftes beträgt $\text{M} 1,20$.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Eben Hedim, „Jerusalem“. Feldpostausgabe, 160 Seiten Text mit 25 Abbildungen und einer Karte. Verlag: F. A. Brockhaus, Leipzig. Geheftet $\text{M} 1,50$. Der berühmte Forscher Hedim bereifte Palästina, nicht lange bevor die Engländer gegen die heilige Stadt vorrückten. Was er in seiner anregenden und unterhaltenden Erzählungskunst, die Millionen deutscher Leser längst etwas Heimatisches geworden ist, von seinen Erlebnissen in Palästina und Syrien bis zur türkischen Westfront in der Nähe des Suezkanals und von den dortigen Zuständen zu berichten weiß, bietet viel des öffentlichen Interesses. Ebenso reich an fruchtbaren Gesichtspunkten wie in seinem vorigen Werk „Bagdad, Babylon, Ninive“, läßt Hedim auch hier als Hintergrund der lebendigen Gegenwart die jahrtausende alte Vergangenheit des gelobten Landes in gigantischen Bauendmalern und Ruinen, in epochemachenden Ereignissen und Persönlichkeiten der Weltgeschichte wiedererleben. Ganz naturgemäß ist Jerusalem der Höhepunkt dieser Reisebeschreibung; aber auch über das uralte Damaskus mit seiner Omajyadenmoschee, Baalbek mit seinen herrlichen Ruinen aus griechisch-römischer Zeit, der See Genesareth mit Tiberias, Kapernaum und all den Orten, deren Namen jedem Christen und Juden geläufig sind, Nazareth und Bethlehem, Jericho, das Tote Meer usw. wird von Hedim viel Beachtenswertes berichtet. Das gut ausgestattete Buch verdient die weiteste Verbreitung.

Sterbetafel.

Bremen. Am 24. Mai starb nach sehr langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege Richard Wittig im Alter von 50 Jahren an Lungentuberkulose.
 Göttingen. Am 2. Juni starb plötzlich unser treues Mitglied August Rochow, eingetreten am 20. September 1906, im Alter von 42 Jahren.
 Mainz. Am 10. Juni starb der Kollege Joh. 3. Iller im Alter von 48 Jahren.

Shre ihrem Andenten!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 10. bis 15. Juni. Eingefandt haben: Braunschweig $\text{M} 100$, Köln 500, Erfurt 200, Leipzig 200, Nürnberg 800, Rostock 200, Düsseldorf 250, Gotha 400, Verdun 115, Dresden 1200, Graubenz 30.

Die Woche vom 23. bis 29. Juni ist die 26. Beitragswoche. S. Wentler, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 23 des „Correspondenzblattes“ bei.